

fred Dregger, Manfred Stolpe und Bischof Kruse etc. ein (S. 3), statt über Ursachen, Zusammenhänge und Fehler der RAF-Politik kritisch-aufklärerisch zu berichten.

Im einzelnen: „Entschieden lehnten Vertreter aller Parteien... Gewalttaten als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab.“ (S. 1). Sind dazu nicht einige Sätze der Aufklärung notwendig? Beispielsweise

-- daß ein Teil dieser Vertreter eben noch den Golfkrieg für die Lösung (zwar nicht der Probleme der Menschen am Golf, wohl aber) ihrer Probleme als imperialistische BRD für nützlich hielten;

-- daß auch der antifaschistische Widerstand in Deutschland — und zwar zurecht — Gewalt für ein nützlich Mittel seines politischen Kampfes hielt und heute Gleiches für Befreiungsbewegungen in den drei Kontinenten (Trikont) gilt.

Die PDS erklärte, der „Mord... darf nicht genutzt werden, um das politische Klima in der BRD weiter zu vergiften.“ (S.2) Auch die PDS appelliert also wieder einmal an den „Konsens der Demokraten“ anstatt den Widerstand gegen die bereits sichtbare andere Praxis dieser sog. DemokratInnen zu organisieren. Das ND übernimmt unkommentiert eine Reuter-Meldung, die RAF habe „ihre Basis in Gruppen von... Autonomen hinein verbreitert“ (S.3). Eine solche Meldung dient doch dazu, eine linke politische Strömung, mit der die PDS zwar nicht viele Gemeinsamkeiten hat, die aber doch Solidarität verdient, zu kriminalisieren. Des weiteren werden Stimmen laut („FAZ“ und „Tagesspiegel“), die den TreuhänderInnen den

Mund verbieten wollen. — Aber kein Wort dazu im ND. Nicht einmal über Rohwedders Tätigkeit bei Hoersch berichtet das ND (S. 2) zutreffend: Dort hat er nicht ein Drittel der Arbeitsplätze vernichtet, sondern die Hälfte....

Zusammenfassend bewertet das ND das Attentat in zwei Thesen.

- Es schade „vor allem den Menschen im Osten Deutschlands“ (S. 1). Das hört sich laut „Tagesspiegel“ (3. 4., S. 4) in der Rhetorik der PolitikerInnen ganz anders an: Es sei durch den Anschlag ein „Nachdenken darüber ausgelöst (worden), wie die politischen Kräfte... die wirtschaftliche Misere in den fünf ostdeutschen Ländern beheben können.“ Damit diesen Worten Taten folgen, ist es notwendig, den Widerstand gegen die herrschende Politik breiter und entschlossener als bisher zu führen.

— Das Attentat erschwere „die Gestaltung des neuen gesamtdeutschen Staates auf demokratischer und rechtsstaatlicher Grundlage“ (S. 1). Das sehen „Tagesspiegel“ („Anschlag auf den Einigungsprozess“, 3. 4., S. 1) und „FAZ“ („Ein Opfer für Deutschland“, 4. 3., S. 1) ganz genauso — nur daß dort — gemäß der Realität, die diese bürgerlichen Zeitungen widerspiegeln — die „demokratische Grundlage“ keine Rolle spielt. Den Schaden haben also die ProtagonistInnen des Anschlusses, nicht „die Menschen im Osten Deutschlands“, die nur unter ihm leiden.

Detlef Schulze,
1000 Berlin

Die Redaktion behält sich bei der Veröffentlichung von Zuschriften das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

ND — an schlechte Tradition angeknüpft

Die ND-Berichterstattung vom 3. April über das RAF-Attentat auf Treuhänder-Chef Rohwedder knüpft an eine schlechte Tradition dieser Zeitung an: Hofberichterstattung — nur, daß der „Hof“ jetzt nicht mehr der real existierende Sozialismus, sondern die real kapitalistische BRD ist. Und was die Sache bei h macht: eine BRD, die diese Anbiederung nicht einmal honoriert...

Am 3. April agierte das ND nicht als gesellschaftlich-oppositionelle Zeitung, sondern buhlte — wieder einmal — um die Aufnahme in den BRD-Staatskonsens. Das ND ordnet die PDS in eine Reihe mit Al-

ND, 05.04.

1991, S. 2